



Mit einem glamourösen Einladungsschreiben und dem Versprechen, die internationale Ordnung neu zu gestalten, hat Donald Trump einmal mehr für Aufsehen gesorgt. Der frühere US-Präsident kündigte in Davos die Gründung eines „Friedensrates“ an – einer exklusiven Organisation, die nicht weniger als die Rolle der UNO herausfordert. Was steckt hinter diesem Projekt, das bereits auf Zustimmung einiger Staaten stößt, andere jedoch mit Skepsis und Ablehnung reagieren lässt?

Ein exklusiver Club mit globalen Ambitionen

Offiziell soll der neue „Friedensrat“ dazu dienen, die zweite Phase eines bislang nicht weiter konkretisierten Friedensplans für den Nahen Osten – insbesondere für Israel und Gaza – umzusetzen. Doch ein Blick in das Gründungsdokument verrät einen weitaus umfassenderen Anspruch: Ziel sei es, globale Stabilität zu fördern, legitime Regierungsführung wiederherzustellen und dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Begriffe, die bewusst offen formuliert sind und das Mandat einer klassischen multilateralen Organisation imitieren – mit deutlichen Parallelen zur UNO.

Dabei beschränkt sich Trump nicht auf den Rahmen traditioneller Diplomatie. Der Zugang zu diesem neuen „Friedensrat“ ist exklusiv und teuer: Nur 60 Staaten wurden eingeladen, und wer dauerhaft mitreden möchte, muss eine Milliarde Dollar als Eintrittsgeld zahlen. Bislang zugesagt haben unter anderem die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko, Ungarn und Argentinien. Andere Staaten, darunter Deutschland, Japan oder Kanada, halten sich bedeckt. Frankreich hat als bislang einziger westlicher Staat die Teilnahme öffentlich abgelehnt.

Ein Gremium nach Trumps Regeln

Zentraler Kritikpunkt ist die Machtfülle, die sich Donald Trump als „Chairman“ des Gremiums zusichert. Laut Gründungscharta kann er nicht nur über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden, sondern auch sein eigenes Nachfolgeprozedere bestimmen und ein Vetorecht gegenüber Mehrheitsentscheidungen ausüben. Diese Struktur erinnert weniger an ein internationales Gremium als an eine präsidial geführte Stiftung – mit geopolitischem Anspruch.

Die Einladung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin sorgte dabei für zusätzliche Irritationen. Während Staaten wie Ungarn kein Problem darin sehen, Russland einzubinden, reagierte insbesondere Großbritannien mit scharfer Ablehnung. Die britische Außenministerin



bezeichnete Putin als „kein Mann des Friedens“ – seine Beteiligung widerspreche dem erklärten Ziel des Rates.

Amerikanische Frustration mit der UNO als Nährboden

Dass Trump sich von der UNO abwendet, überrascht nicht. Bereits während seiner ersten Präsidentschaft hatte er das System der Vereinten Nationen scharf kritisiert: zu ineffizient, zu teuer, zu durchreguliert. Die neue Initiative lässt sich als Ausdruck einer länger gewachsenen amerikanischen Unzufriedenheit mit multilateraler Diplomatie lesen – jedoch radikalisiert durch Trumps persönliche Vorstellungen von Effizienz und Kontrolle.

Im Unterschied zur UNO, die auf einem breiten multilateralen Konsens basiert und seit 1945 fast alle Staaten der Welt umfasst, setzt der „Friedensrat“ auf Exklusivität, ökonomische Schwellen und politische Nähe zur US-Führung. Damit steht das Projekt in einer Reihe von Parallelstrukturen, die Trump und Gleichgesinnte in den letzten Jahren gefördert haben – von alternativen Handelsabkommen bis hin zu selektiven Militärkoalitionen.

Wie realistisch ist ein Erfolg dieser Initiative? Viel wird davon abhängen, ob es Trump gelingt, über symbolpolitische Ankündigungen hinaus konkrete Ergebnisse zu liefern. Solange der Friedensrat jedoch als Bühne für eine personalisierte Weltordnung verstanden wird, bleibt er vor allem ein geopolitisches Statement – und weniger ein Ersatz für die UNO. Ob daraus ein ernstzunehmender Akteur internationaler Konfliktlösung wird, bleibt abzuwarten.

Autor: P. Tiko